

Kein Schnell-Start in die Zukunft

Wie umgehen mit einer Krise,
für die es keinen Plan, keine Blaupause gibt?

Von Dirk Schröter

Zukunft ist ein unbestimmter Raum. Dass es ein Corona-Virus sein wird, welches die Aufbauleistung der letzten drei Jahrzehnte im Freistaat Sachsen in Gefahr bringt, war nicht zu erwarten.

Das Herunterfahren weiter Teile der Wirtschaft sowie das „Einfrieren“ der weltweiten Außenwirtschafts- und Handelsbeziehungen hinterlässt tiefe Spuren, auch bei den sächsischen Unternehmen. Alle sind betroffen, doch der Grad der Betroffenheit weist große Unterschiede auf. Es gibt Gewerke und Produkte, die nachgefragt sind wie nie zuvor. Beschäftigte und Arbeitgeber sind an der Grenze der Belastbarkeit. Komplexe Logistikketten müssen wieder hergestellt und bestehende Lieferengpässe überwunden werden.

Andere würden gern mehr tun, die Produktion wieder hochfahren, bestehende Kapazitäten ausschöpfen, Dienstleistungen anbieten und dürfen es nicht. Auch in Sachsen gibt es noch immer Beschränkungen. Der „Lockdown“ wirkt nach. Nichts ist schmerzlicher für einen Unternehmer, als unternehmerisch nicht tätig sein zu können. Dieser Verzicht ist ein ganz wesentlicher Beitrag der Wirtschaft zur Bewältigung der Covid-19-Krise im Freistaat.

Impulse für die Produktivität

Wir erleben eine Zäsur, die Vergleichbares nicht kennt. Weder die Dimension in Bezug auf die Gesundheit, noch die Aus-

wirkungen auf die Wirtschaft, einschließlich der arbeits- und sozialpolitischen Folgen, waren vorhersehbar. Mit mehr als zehn Millionen Arbeitnehmern nahm die angezeigte Kurzarbeit bedrohliche Ausmaße an. Nach einer KfW-Studie wäre jeder siebte Mittelständler bereits jetzt insolvent, hätte der Staat nicht Zuschüsse und zinsvergünstigte Darlehen bereitgestellt. In Sachsen stieg die Zahl der Arbeitslosen Stand Mai im Vorjahresvergleich um über 18 Prozent. Das führt zu weiterer Unsicherheit, die sich u. a. an der Kaufzurückhaltung und Rückgängen bei den Investitionen ablesen lässt.

Fast vergessen scheint, dass im vergangenen Jahr die Zahl der Beschäftigten auf dem Rekordwert von 45,3 Millionen lag und die Steuereinnahmen 2019 noch einmal um 3,1 Prozent gestiegen sind. Das gesamte Steueraufkommen wuchs damit auf rund 736 Milliarden Euro an. Gleichzeitig haben die Sozialausgaben im letzten Jahr erstmals die Summe von einer Billion Euro überschritten. Mehr als jeder zweite Euro im Bundeshaushalt wurde bereits vor der Corona-Krise für Soziales ausgegeben.

Dem gegenüber ist die Zahl der Selbstständigen stetig weiter geschrumpft. 2019 waren es nur noch 4,15 Millionen und damit 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr.

Viele Unternehmen, insbesondere die Zulieferwirtschaft, der Maschinenbau sowie die Metall- und Elektro-Industrie, leiden unter hohen Auflagen und Kosten, die die Wettbewerbsfähigkeit bei deutlich stärker werdender internationaler Konkurrenz weiter verschlechtern. Überregulierung und ausufernde Bürokratie lähmen wirtschaftliche Dynamik und technologische Innovationen.

Die Energiewirtschaft steht mit dem politisch festgelegten Ende von Kernkraft, Stein- und Braunkohle vor einem Strukturwandel mit ungewissem Ausgang. Schon heute nimmt Deutschland bei den Strompreisen im globalen Vergleich einen Spitzenplatz ein.

Aus Sicht des Landesverbandes Sachsen des Wirtschaftsrates muss hier ange-

setzt werden und ein ganzes Bündel an Instrumenten zum Einsatz kommen. Erforderlich sind Programme, die Impulse zur Verbesserung der Produktivität geben und auch die angebotsseitige Stärkung der Konjunktur sowie steuerrechtliche und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beinhalten. Zudem wird in der Krise die längst überfällige Reform des Unternehmenssteuerrechts zur Pflichtaufgabe. Die Absenkung der Mehrwertsteuer sollte so lange beibehalten werden, bis ein wirksamer Impfschutz zur Bekämpfung der Virusinfektion vorliegt. Die Senkung der Umsatz- und Stromsteuer auf den Strompreis sowie die unmittelbare Abschaffung der EEG-Umlage müssen rasch angegangen wer-

den. Daraus resultierende Effekte kämen nicht nur einzelnen Branchen, sondern der gesamten Wirtschaft und letztlich auch den Endverbrauchern zugute. Der signifikante Abbau von Bürokratie sowie die gezielte, langfristig angelegte Mittelförderung und praxisnahe Forschung sind weitere Bausteine eines nachhaltigen Konjunkturprogramms.

Der aktuelle Handlungsdruck hat vieles möglich gemacht, das vorher unerreichbar schien. Dazu gehört beispielsweise die Digitalisierung unserer Lebens-, Lern- und Arbeitswelt. Jetzt muss es gelingen, die Voraussetzungen für dauerhaftes digitales Lernen zu schaffen. Konkret ist die Bildung eines breit aufgestellten Digitalteams im Sächsischen Kultusministerium unter Einbeziehung von Fachexperten zu empfehlen. Wir brauchen ein einheitliches Konzept zur Schaffung der notwendigen IT-Struktur und Ausstattung der Schulen mit der erforderlichen Hardware sowie eine Umsetzungsplanung, die verbindliche Vorgaben hinsichtlich des Zeitrahmens und zu erreichender Zwischenschritte festlegt.

Gerade jetzt ist es wichtig, Anreize für neue Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu setzen, die Abgaben- und Steuerlast signifikant zu senken und es ernst zu nehmen, mit der alle Lebensbereiche erfassenden Modernisierung und Stärkung der Infrastruktur sowie der zügigen Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Lähmende Debatten über ein generelles Tempolimit, den Mietpreisdeckel oder die Bonpflicht müssen der Vergangenheit angehören. Wir brauchen eine sächsische Zukunftsstrategie, die aufzeigt, wovon wir in Zukunft leben und unseren Wohlstand erhalten wollen. Das am 30. Juni beschlossene Konjunkturpaket gibt wichtige Impulse, insbesondere für kleinere Unternehmen. Um die Zukunftsfähigkeit des Standortes Sachsen zu sichern, muss aber auch die Technologieförderung für Unternehmen fest im Doppelhaushalt verankert werden.

Wir sollten aus der Erfahrung der letzten Monate lernen und sich bietende

Chancen mutig ergreifen, um tragfähige Konzepte zur Standortsicherung zu entwickeln. Wenn uns die Krise eines gelehrt hat, dann ist es der unschätzbare Wert einer soliden Realwirtschaft. Dies bedeutet auch, neue Belastungen der Wirtschaft und Verbraucher unbedingt zu vermeiden. Die Bundesregierung hat dafür mit der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 die Möglichkeit und Verantwortung.

Nicht alles auf eine Karte setzen

Wir stellen fest, dass technologisches Wissen und Können alleine nicht ausreichen. Um etwa Beatmungsgeräte und Corona-Tests im eigenen Bundesland rasch und in ausreichender Anzahl fertigen zu können, müssen Herstellungskapazitäten und Produktionsanlagen verfügbar sein. Hier hilft uns, dass wir nach wie vor über einen breit aufgestellten Mittelstand und eine robuste industrielle Basis verfügen, die uns in die Lage versetzen, flexibel auf die veränderte Situation zu reagieren. Wir sind gut beraten, nicht alles auf eine Karte zu setzen, sondern, etwa in Bezug auf bestimmte Medikamentengruppen sowie pharmazeutische und chemische Grundstoffe, wieder autarker zu werden.

Darüber hinaus erweist sich die Stärke unserer ländlichen Räume als ein Vorteil. Es war klug, Strukturen in der Fläche zu erhalten und weiter auszubauen und nicht allein auf Metropolen und Ballungszentren zu setzen. Spätestens jetzt wissen wir, den Wert weiträumiger ärztlicher und pflegerischer Versorgungssysteme sowie einer differenzierten Krankenhausinfrastruktur ebenso zu schätzen, wie unserer Landwirtschaftsbetriebe, Genussmittelproduktion und Einzelhändler. Nicht zuletzt profitieren wir heute von der soliden Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahre, die trotz erheblichen Widerstandes durchgesetzt wurde. Das Festhalten an der „Schwarzen Null“ und der „Schuldenbremse“ waren zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates, die uns jetzt in die Lage versetzen, finanzielle Spielräume zu haben, die es in der Fi-

nanzkrise 2008 noch nicht gab.

Wir sollten uns fragen, was die Schlüsseltechnologien und Kompetenzen sind, um Wertschöpfung auch noch in den kommenden Jahrzehnten zu sichern. Dabei blicken wir auf fünf Jahrhunderte sächsischer Industrietradition zurück. Zu wünschen ist, dass aus dem Blick zurück Lehren für die Schritte nach vorn gezogen werden. Neues aufbauen, ohne das Bestehende, die Quellen unseres Wohlstandes, gering zu schätzen. Ordnungsrecht und Steuergelder sind auf Dauer kein Ersatz für internationale Konkurrenzfähigkeit, Marktdurchdringung und stetige Produktivitätssteigerung.

Jetzt gilt es ergebnis- und technologieoffen zu prüfen, welche Innovationen das Potenzial haben, sich am Markt durchzusetzen. Auch das ist eine Voraussetzung, um in Zukunft erfolgreich zu sein. Den Mut und vor allem den politischen Willen zur Korrektur zu haben, die Kraft gegenzusteuern und Fehlentscheidungen zu revidieren.

Fokus auf den „Sächsischen Weg“

Entdeckergeist, Augenmaß und Mitte waren Richtschnur der erfolgreichen Entwicklung in Sachsen seit 1990. Sie haben uns geholfen, Herausforderungen besser und schneller zu meistern als andere. Den „Sächsischen Weg“ marktwirtschaftlich orientierter Politik, gepaart mit zupackendem Unternehmertum, müssen wir weitergehen, um der Krise mit Zuversicht und Fleiß zu trotzen, den strukturellen Wandel aktiv zu gestalten und unsere Lernfähigkeit unter Beweis zu stellen. Wenn uns das gelingt, kann dies auch eine Blaupause für ganz Deutschland sein.

„Es war klug, Strukturen in der Fläche zu erhalten und weiter auszubauen und nicht allein auf Metropolen und Ballungszentren zu setzen.“

Unser Autor



Dr. Dirk Schröter ist Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen des Wirtschaftsrates der CDU e. V. und gehört dem Bundesvorstand an. Hauptberuflich ist er Geschäftsführer der KSP GmbH und Prokurist der LEAG-Unternehmensgruppe.



Wohin geht der Weg aus der Krise, die das Jahr 2020 schon jetzt zum Weichensteller macht?

Foto: AdobeStock